

**Verlaufsprotokoll der 38. öffentliche Sitzung der Ratsversammlung  
am Mittwoch, 21.08.2002, 14.00 Uhr, im Sitzungssaal des Stadtrates, Neues Rathaus,**

**15.2. Deutsch-Chinesischen Zentrum Leipzig e. V.**

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes 15.2 wird die Sitzung der Ratsversammlung von Bürgermeister Kaminski geleitet.

**Stadtrat Götz (CDU)** hat zu diesem Tagesordnungspunkt Befangenheit angemeldet und beteiligt sich weder an der Diskussion noch an der Abstimmung.

**Oberbürgermeister Tiefensee** trägt vor, die Vorlage gründe auf Beziehungen, die die Stadt Leipzig seit vielen Jahren zu ihrer Partnerstadt Nanjing, aber auch zu anderen chinesischen Städten unterhalte. Man könne konstatieren, dass die Öffnung des chinesischen Marktes eine rasante Steigerung der Präsenz chinesischer Vertreter aus den unterschiedlichsten Bereichen mit sich bringe. Dies betreffe insbesondere die Wirtschaft, aber auch Verwaltung, Kultur und Tourismus gerieten immer mehr in den Blickpunkt des Austauschs. Deutschland sei privilegierter Partner Chinas in der Europäischen Union und solle von China in ganz besonderer Weise erschlossen werden. Diese Präferenz bringe es mit sich, dass besonders in Deutschland Standorte zur Intensivierung dieser Zusammenarbeit auf den verschiedensten Feldern gesucht würden. Die Stadt Leipzig stehe in einer besonderen Tradition der Verbindungen mit China. Leipzig habe dort einen wohl klingenden Namen. Diesen Namen solle und wolle man nutzen.

Man könne den Eindruck haben, dass es bereits genügend Strukturen gebe, um die bestehenden Beziehungen weiter auszubauen. Bei genauerem Hinschauen stelle man aber ein großes Defizit fest. Anders als im Falle europäischer Regionen benötige man im Falle Chinas eine Institutionalisierung der vorhandenen Ressourcen, um adäquat auf das reagieren zu können, was von chinesischer Seite erforderlich sei, und um die Kräfte zu bündeln. China sei sehr groß, sehr vielfältig und um den Anforderungen der dort bestehenden Institutionen zu genügen, benötige man eine Struktur, die bis jetzt nicht vorhanden sei. Zurzeit verliefen viele Kontakte im Sande. Es gebe einen sehr hohen Betreuungsaufwand und Doppelarbeit, während andererseits viele Dinge unerledigt blieben. Eine direkte Präsenz der Leipziger Region in China fehle bisher noch.

Wenn man dieses Defizit beheben und die Beziehungen auf den genannten Gebieten weiter intensivieren wolle, brauche man eine neue Institution. Eine solche Institution könnte das in der Vorlage erwähnte Zentrum sein, ein Verein, der Potenziale bündeln, Kompetenzen zusammenführen, Kontakte ermöglichen und intensivieren sowie die Abstimmung unter den hiesigen Partnern vertiefen solle.

Die Stadtverwaltung habe sich nach Lösungen umgeschaut. Ein vergleichbares Zentrum gebe es in Ansätzen auch in Bayern. Die Vorschriften der Satzung dieses Zentrums seien im Freistaat Sachsen allerdings nicht auf Zustimmung gestoßen, sodass

eine Überarbeitung erforderlich gewesen sei. Viel wichtiger sei allerdings gewesen, eine Antwort auf die Frage zu erhalten, ob es weitere Partner gebe, die das ähnlich wie die Stadt Leipzig sähen. Insbesondere auf Initiative der Handelshochschule Leipzig, des MaxicoM und der Messe seien viele Institutionen befragt worden. Diese Arbeit werde jetzt durch die Kammern, durch die Universität Leipzig, aber auch durch Beteiligungsunternehmen der Stadt sowie durch andere Institutionen und Unternehmen in der Region unterstützt.

Das zu gründende Zentrum unterscheide sich von den bereits existierenden Freundeskreisen und auch von den Städtepartnerschaften.

Die Vorlage sei eilbedürftig, weil es gelungen sei, einen sehr wichtigen Partner in China zu gewinnen, nämlich den ehemaligen Botschafter der Volksrepublik China in Berlin, Herrn Dr. Lu, der großes Interesse daran habe, in Leipzig die Arbeit zu intensivieren, und der im September nach Leipzig kommen werde.

Oberbürgermeister Tiefensee bittet den Stadtrat, mit der Zustimmung zu dieser Vorlage den Grundstein dafür zu legen, dass das Deutsch-Chinesische Zentrum Leipzig nicht etwa ohne die Stadt Leipzig im September eröffnet werde, sondern dass die Stadt Leipzig, die im Vorfeld einen wesentlichen Beitrag geleistet habe, von Anfang an als aktives Gründungsmitglied mit von der Partie sei.

**Stadtrat Maciejewski (CDU)** führt aus, die schriftliche Begründung der Vorlage und die vom Oberbürgermeister soeben vorgetragene mündliche Begründung machten klar, dass der eigentliche, der geheime Zweck dieses Vereins die Wirtschaftsförderung sei. Davon sei in der Satzung nichts zu lesen. Stattdessen werden von "Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens" zwischen Deutschland, Sachsen und Leipzig einerseits und der Volksrepublik China andererseits gesprochen. Dieser hehren Verpflichtung werde die Vorlage nicht einmal ansatzweise gerecht, es sei denn, der Oberbürgermeister wolle lediglich die Toleranz für einige Sachverhalte manifestieren, die er, Maciejewski, jetzt nennen wolle.

Die Volksrepublik China sei eben nicht ein ganz normaler demokratischer Staat, sondern das Land mit der größten Zahl von Hinrichtungen. Die Todesstrafe werde exzessiv für mehr als 60 Delikte verhängt und auch ausgeführt. In China werde die Todesstrafe für abweichende politische Meinungen, für religiöse Aktivitäten und für das Bekenntnis zu einer Minderheit verhängt. Nach offiziellen Angaben gebe es in China 230 000 Menschen in Konzentrationslagern; inoffizielle Angaben sprächen von mehreren Millionen. In den großen chinesischen Küstenstädten existiere neben der kommunistischen Planwirtschaft unter dem Namen "Marktwirtschaft" ein hemmungsloser Bereicherungskapitalismus, der jede demokratische Aktivität gewerkschaftlicher und politischer Art unterdrücke. Mit internationaler Gesinnung, Kultur und Völkerverständigung habe dies nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Er, Maciejewski, sei erschüttert, dass der Oberbürgermeister bei der Begründung der Vorlage nicht ein einziges Mal das Wort "Menschenrechte" in den Mund genommen habe. "Toleranz" sei in China ein Fremdwort. Die CDU-Fraktion sei sicherlich tolerant,

aber nicht gegenüber derart brutalen Menschenrechtsverletzungen. Die schamlose und diskriminierende Kernthese der Kommunisten in China laute so ungefähr, das Menschenrecht in China sei das Recht, etwas zu essen. Chinesische Bürgerrechtler warnten den Westen ausdrücklich davor, der Lüge vom "besonderen asiatischen Wertesystem" auf den Leim zu gehen. Wirtschaftliche Interessen, die die CDU-Fraktion durchaus sehe und auch unterstütze, dürften nicht zum Verschweigen oder Beschönigen derartiger Zustände in China führen.

Stadtrat Maciejewski betont, er verwende ganz bewusst nicht das Wort "Heuchelei". Ein Grund dafür sei, dass er sich keinen Ordnungsruf einhandeln wolle. Ihm falle aber kein anderes Wort ein, denn der gleiche Stadtrat, der sich vor noch nicht allzu langer Zeit mit einer Resolution zur Todesstrafe in Texas in den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf habe einmischen wollen, wolle jetzt mit Diktatoren und Massenmördern in Peking Toleranz auf allen Gebieten der Kultur üben. Vor 13 Jahren sei Egon Krenz nach China gereist, um die Zusammenarbeit mit den Mördern vom Platz des Himmlischen Friedens zu verbessern. Hunderttausende Leipziger, von denen heute einige als gewählte Stadträte anwesend seien, hätten sich davon nicht beeindruckt lassen und seien trotzdem um den Ring marschiert.

Die CDU-Fraktion und er, Maciejewski, persönlich wollten sich nicht vorwerfen lassen, aus purem Geschäftsinteresse über Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung geschwiegen und sich auf das Niveau von Egon Krenz begeben zu haben. Sie könnten dieser Vorlage deshalb nicht zustimmen.

**Stadtrat Dr. Tippach (PDS)** äußert, er könnte dem von Herrn Maciejewski Dargelegten in vielem folgen, wenn es sich dabei nicht um ein von Heuchelei triefendes Statement gehandelt hätte. Zu erinnern sei an die Politik einer CDU-Regierung unter Helmut Kohl mit Besuchen in China und einer Freundlichkeit gegenüber chinesischen Spitzenpolitikern, die fast bis zu Umarmungen gegangen sei. Wenn die CDU in ihrer Politik konsequent wäre, hätte sich Herr Maciejewski hier ganz anders darstellen müssen.

Stadtrat Dr. Tippach unterstreicht, die PDS sei gegen die Todesstrafe und gegen jedes antidemokratische System. Darüber, ob es sich dabei um Kommunismus in seinem ursächlichen Sinne handele, wolle er an dieser Stelle nicht streiten. Die PDS sei gegen eine Politik, die die Menschenrechte missachte, und zwar nicht nur in China, sondern in der gesamten Welt.

**Stadtrat Müller-Berndorff (CDU)** betont, er wolle nicht in den Fehler verfallen, diese "politische Kiste" nochmals aufzumachen, sondern darauf verweisen, dass im Jahre 1991 465 Bürger aus der Volksrepublik China nach Leipzig gekommen seien. Dass man diesen Menschen ein Forum schaffen wolle, scheine klar zu sein. Die grundsätzlich zu stellende Frage sei nur, ob sich die Stadt als Stadt an derartigen Vorhaben beteiligen solle. Diese Frage müsse jede Fraktion für sich selbst beantworten. Es gebe eine Menge Vereine, die sich um Bürger aus anderen Staaten kümmerten, und es sei zu bezweifeln, dass die Stadt dabei in jedem Falle Mitglied werden müsse.

Zur Vorlage selbst merkt Stadtrat Müller-Berndorff an, dass der Verein sicherlich in das Vereinsregister und nicht, wie in § 1 Satz 3 der Satzung fälschlicherweise angegeben, in das Handelsregister eingetragen werden solle.

**Oberbürgermeister Tiefensee** bestätigt die Berechtigung des Hinweises von Stadtrat Müller-Berndorff. Es müsse tatsächlich "Vereinsregister" heißen.

Wer bereits Vereine gegründet habe, wisse, wie schwer dabei der Weg durch die Behörden sei. Die Gründung des Deutsch-Chinesischen Zentrums sei nicht eine Angelegenheit der Stadt, sondern es seien verschiedene Partner zusammengekommen, wobei sich die Stadt gern als Gründungsmitglied beteiligen wolle. Er, Tiefensee, zur Person und andere Mitglieder der Stadtspitze zur Person seien im Übrigen auch in anderen Partnerschafts- und Freundschaftsvereinen tätig. Dies schließe nicht aus, dass die Stadtverwaltung im vorliegenden Falle besonders aktiv sei.

Der Oberbürgermeister äußert, es sei schwer zu entscheiden, auf welche Weise man auf die Einlassungen von Herrn Maciejewski antworten solle. Er, Tiefensee, unterstelle Herrn Maciejewski nicht, dass dieser ihm, Tiefensee, unterstelle, er würde die Menschenrechtsverletzungen in China nicht sehen und sie mit einer solchen Vorlage anerkennen. Herr Maciejewski hätte sein Anliegen auch anders formulieren und beispielsweise sagen können, er gehe davon aus, dass er und der Oberbürgermeister in dieser Frage einer Meinung seien. Dies habe Herr Maciejewski versäumt – hoffentlich nicht wohlweislich versäumt.

Oberbürgermeister Tiefensee stellt klar, dass den Gründungsmitgliedern des Deutsch-Chinesischen Zentrums in keiner Sekunde unterstellt werden dürfe, dass sie die Menschenrechtsverletzungen nicht sehen würden und dort, wo ihnen dies möglich sei, nicht bekämpfen wollten. Vielleicht habe man eine unterschiedliche Auffassung darüber, wie zwischen Völkern – nicht zwischen Regierungen! – Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und Völkerverständigung zustande kommen könne. Auch in der DDR habe man eine Zeitlang von der Kooperation auf verschiedenen Gebieten gelebt, wengleich er dies jetzt nicht vergleichen wolle. Bei seinem Besuch in China habe er die Überzeugung gewonnen, dass gerade auf einem solchen Fundament in Zukunft auch in China Veränderungen erreichbar sein könnten. Die Alternative könnte sein, die Beziehungen abubrechen und das Thematisieren von Menschenrechtsverletzungen in den Vordergrund zu stellen. Diese Auffassung könne man zwar vertreten, er, Tiefensee, vertrete sie jedoch nicht. Er sei der Meinung, dass es im Verhältnis zwischen Deutschland und China erforderlich sei, wesentlich subtiler vorzugehen, auch im Interesse der Menschen, auch im Interesse derjenigen, die in China unter Intoleranz und Verletzung der Menschenrechte leiden müssten.

Der Oberbürgermeister merkt an, er komme mit dem Begriff "Heuchelei" nicht klar, den Herr Maciejewski nicht habe verwenden wollen und doch verwendet habe. Dies sei keine rhetorische Meisterleistung gewesen. Auch das, was zu Egon Krenz gesagt worden sei, sei nicht das Niveau, auf das er, Tiefensee, sich begeben wolle. Seine Bitte sei es, gemeinsam mit ihm und mit den Gründungsmitgliedern, die sich im September versammeln wollten, eine Plattform zu schaffen, auf der man auf kulturellem, sozialem, wissenschaftlichem, aber auch wirtschaftlichem Gebiet einen weiteren Schritt gehen

könne, um eine Brücke zwischen den Menschen in China und in Deutschland und speziell in Leipzig zu schlagen. Damit ordne man sich in die Bestrebungen der Bundesregierung ein. Er, Tiefensee, gehe davon aus, dass unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen dieser Weg auch künftig von der Bundesregierung beschritten werde.

An die Mitglieder der CDU-Fraktion richtet der Oberbürgermeister die Bitte, abzuwägen, ob diese Ratsversammlung der geeignete Platz sei, die Dinge so zu thematisieren, wie dies im Beitrag des Vertreters der CDU-Fraktion geschehen sei, oder ob sie nicht vielmehr der Vorlage zustimmen sollten, um auf diesem Wege zu mehr Toleranz, zu mehr Völkerverständigung, zu mehr Austausch zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volk zu kommen.

**Abstimmung:** Drucksache Nr. III/2384 wird bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen.

**Stadtrat Achminow (CDU)** gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab und führt zunächst aus, der vom Oberbürgermeister verwendete Begriff "Einlassung" habe ihn gestört, weil es sich dabei um einen juristischen Begriff handele, nämlich um die Aussage eines Angeklagten oder Beschuldigten gegenüber der Polizei. Der CDU-Fraktion gehe es darum, dass man beim Eingehen einer Partnerschaft den Bereich Menschenrechtsverletzungen und die Diskussionen mit chinesischen Dissidenten nicht außen vor lassen dürfe. Er, Achminow, ganz persönlich habe die Sorge, dass Menschen, die von Menschenrechtsverletzungen betroffen seien, an dieses Zentrum, im Grunde an diese Handelskammer verwiesen würden. Der CDU-Fraktion wäre es lieber gewesen, wenn die Stadtverwaltung eine Vorlage unterbreitet hätte, aus der hervorgehe, dass man beides sehe und beides betreiben wolle. Aus den genannten Gründen habe er, Achminow, sich der Stimme enthalten.

**Stadtrat Clemen (CDU)** erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, er habe deswegen gegen die Vorlage gestimmt, weil er der Meinung sei, dass die Stadt derartige Beziehungen, die sie einer weit entfernt liegenden Region angedeihen lassen wolle, mit viel näher gelegenen Regionen, beispielsweise mit Großbritannien, hätte pflegen können. Als Mitglied der Deutsch-Britischen Gesellschaft habe er es sehr bedauert, dass das British Council Leipzig verlassen habe. Die Stadt sei auch nicht Mitglied der Deutsch-Italienischen Gesellschaft. Im Rahmen der europäischen Integration solle überlegt werden, ob nicht zunächst viel stärker die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn gepflegt werden sollten, bevor man intensivere Beziehungen zu so entfernten Kulturkreisen eingehe.

**Stadtrat Schimpff (CDU)** erklärt, er habe gegen diese Vorlage gestimmt, weil er sich, entgegen einer irrigen Beobachtung von Herrn Tippach, in den vergangenen zwölf Jahren in dieser Frage nie anders verhalten habe. Auch als seine eigenen Parteifreunde und die Parteifreunde von Stadtrat Burgkhardt in der Bundesregierung gewesen seien, habe er sich öffentlich gegen jede Verbindung mit China gestellt, bei der die Menschenrechte nicht thematisiert worden seien.

Er sage dies auch mit Blick auf Herrn Burgkhardt und dessen Abstimmungsverhalten, weil es an seiner, Schimpffs, Seite damals einen Herrn Dr. Kröber gegeben habe, der genau die gleiche Position vertreten habe, und weil ein Mitglied der damaligen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag nach Peking gereist sei, um gegen die Menschenrechtsverletzungen zu protestieren. Es wäre schön gewesen, wenn sich die Vertreter der betreffenden Parteien so selbstverständlich wie ihre Parteifreunde wenigstens einmal dazu bekannt hätten.

**Stadtrat Dr. Burgkhardt (Bürgerfraktion)** erklärt, wenn man persönlich angesprochen worden sei, müsse es gestattet sein, sich dazu äußern.

Dr. Burgkhardt unterstreicht erstens, er sitze nicht hier, weil er Mitglied einer Partei sei, sondern in erster Linie deshalb, weil er sich in der Zeit der Wende kommunalpolitisch betätigen wolle. Er identifiziere sich nur sekundär mit einer Partei, primär mit seiner kommunalpolitischen Aufgabe.

Zweitens erkenne er in dieser Vorlage keinerlei Konflikt mit dem, was möglicherweise liberale Geisteshaltung sein solle. Das schließe doch nicht aus, dass seine Meinung zum Thema Menschenrechtsverletzungen die gleiche sein könne wie die von anderen Kollegen geäußerte. Er sehe eine Möglichkeit zur Überwindung von Menschenrechtsverletzungen jedoch darin, Freundschaften zu pflegen und wirtschaftliche Kontakte zu knüpfen.